

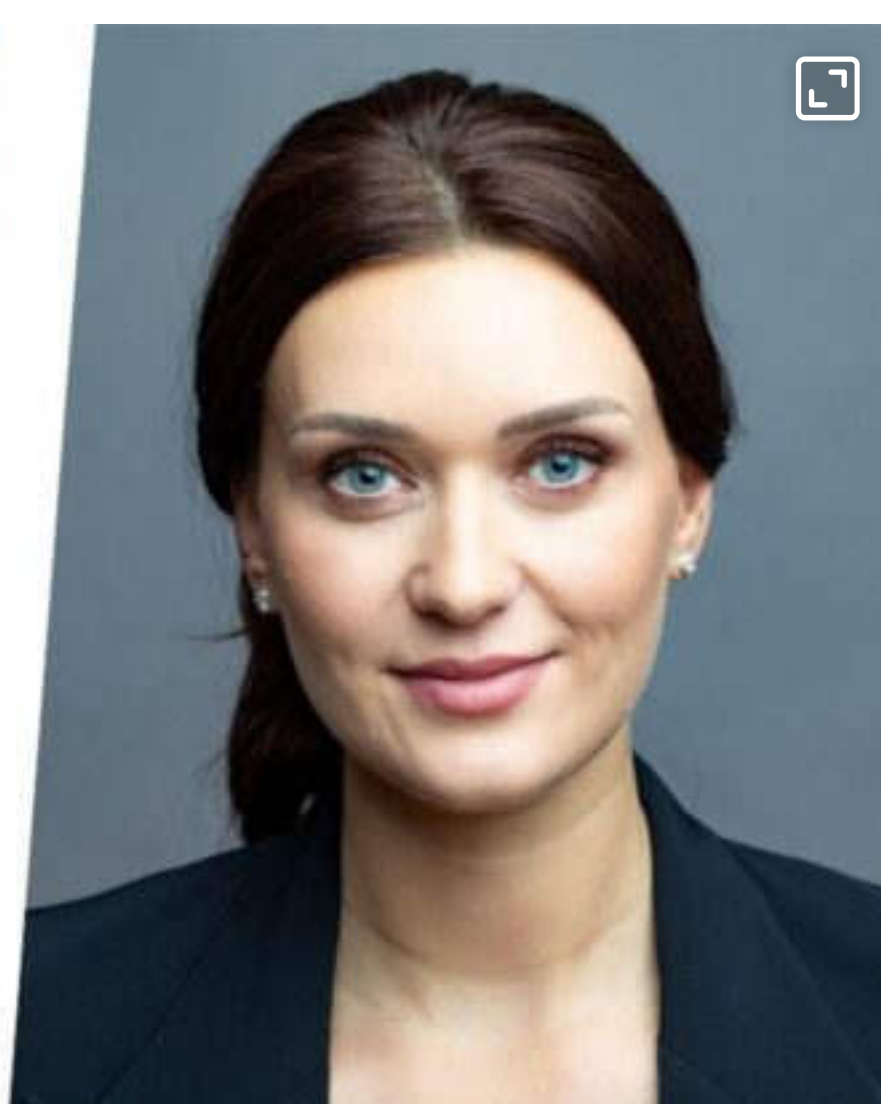
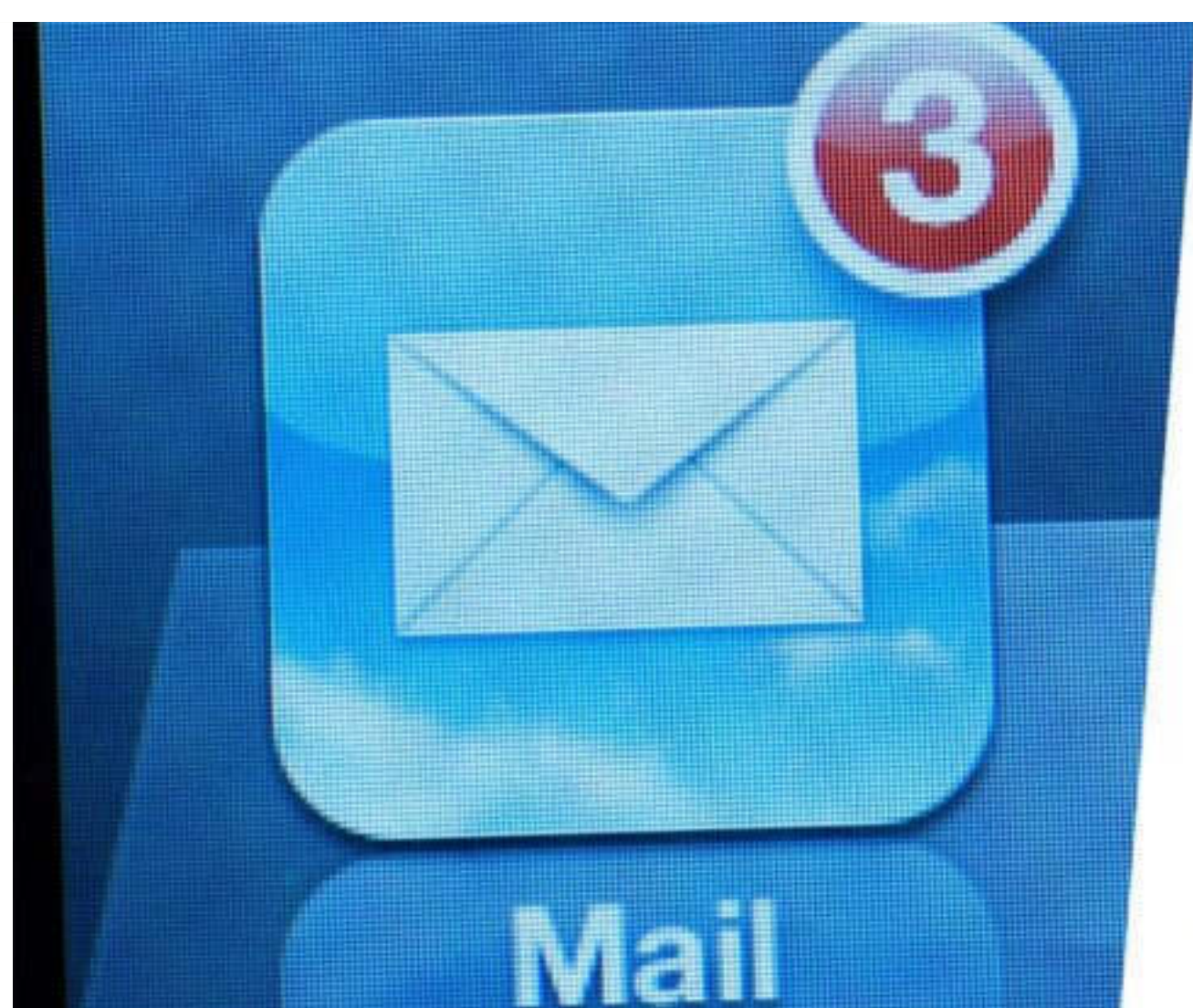
Startseite > Recklinghausen > Wutbürger ätzt gegen Politikerinnen aus Recklinghausen

# Wutbürger ätzt gegen Politikerinnen aus Recklinghausen Anna Kavena fühlt sich massiv bedroht RZ+



Werner von Braunschweig

23.01.2024 10:00 Uhr



© dpa/Archiv

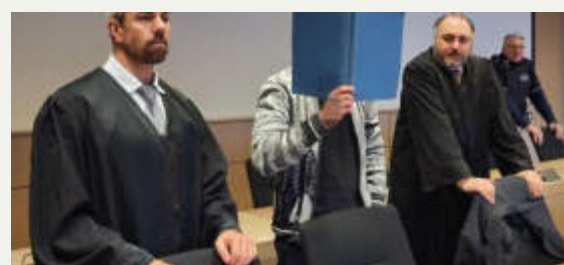
**Ein vorbestrafter Corona-Kritiker aus Recklinghausen steuert auf unbequeme Zeiten zu. Nach Strafanzeigen zweier Lokalpolitikerinnen droht jetzt das Gefängnis.**

🕒 3 Min Lesezeit

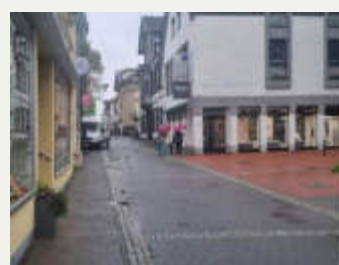
Ein stadtbekannter Wutbürger (58) aus Recklinghausen muss sich nach weiteren Zwischenfällen erneut vor Gericht verantworten. Diesmal soll der bekennende Dauer-Querulant unter anderem sensible Familien-Daten der Landtagsabgeordneten für Recklinghausen und Oer-Erkenschwick, Anna Teresa Kavena (SPD), veröffentlicht haben.

Obwohl gegen den 58-Jährigen nach einer Droh-E-Mail an Ex-Landrat Cay Süberkrüb bereits seit April 2023 ein erstes Urteil (drei Monate Haft auf Bewährung plus 200 Euro Geldauflage wegen versuchter Nötigung) rechtskräftig geworden ist, scheint der Mann nicht aufzuhalten zu sein.

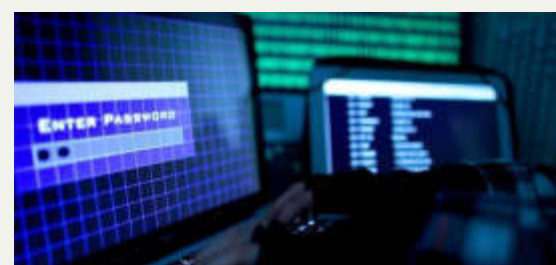
## LESEN SIE JETZT



**Mutmaßliche Vergewaltigung in Recklinghausen**  
Verurteilter poltert: „Mein Leben ist vorbei“ RZ+



**Obdachloser Randalierer (21) steht vor Gericht** „Sein Verhalten war ein einziger Aufschrei“ RZ+



**Ex-Landrat via E-Mail Prügel angekündigt**  
„Wutbürger“ provoziert Kopfschütteln vor Gericht RZ+

Wie es am Montag (22.1.) am Amtsgericht in Recklinghausen hieß, folgte nämlich bereits kurz danach eine zweite Bewährungshaftstrafe. Und auf drei weitere Zwischenfälle ab Juni 2023 fußt die nun gegen den Recklinghäuser erhobene Anklage – zwei davon gehen auf Strafanzeigen von Lokalpolitikerinnen zurück.

## „Ich wollte sie doch nur sprechen“

Unter anderem soll der 58-Jährige laut Anklage im September 2023 – „abrufbar für jedermann“ – in Form eines Gerichtsbeschlusses sensible Personendaten der Kinder der SPD-Abgeordneten Anna Teresa Kavena ins Netz gestellt haben. Sein Ziel soll es gewesen sein, die Politikerin dadurch einzuschüchtern und bloßzustellen.

Der 58-Jährige berief sich vor Gericht auf „ein Versehen“. Er will sich nach eigenen Angaben inzwischen mehrfach dafür entschuldigt haben. Die Politikerin hatte sich und vor allem ihre Kinder durch den Wutbürger („Ich wollte sie doch nur sprechen“) massiv bedroht und bedrängt gefühlt. Und schlussendlich eine einstweilige Anordnung vor Gericht erwirkt.

Durch die Veröffentlichung des dazugehörigen Beschlusses habe er, so der Angeklagte, „aber doch nur zeigen wollen, mit welchen Methoden die Frau arbeitet“.

Inzwischen, das versicherte er, seien die sensiblen Passagen geschwärzt worden. An die Daten der Kinder habe er „überhaupt nicht gedacht gehabt“.

## „Alles nur symbolisch gemeint“

Außerdem geht es vor Gericht auch um die mutmaßliche Beleidigung einer Ratsfrau aus Recklinghausen. Die Lokalpolitikerin soll der 58-Jährige auf einer Internetseite mit hässlichen Schimpfwörtern überzogen und in die Nähe der „Stasi“ gerückt haben.

Im Kern ärgerte sich der Angeklagte nach eigenen Angaben auch bei dieser Politikerin über ihre Haltung zu den zurückliegenden Corona-Maßnahmen. Letzten Endes seien seine Worte aber nur reine „Satire“ gewesen. Der Angeklagte: „Ich finde, wer austellt, muss auch einstecken können.“

Darüber hinaus geht es um einen im Internet vom Angeklagten veröffentlichten Artikel mit einem mutmaßlichen Gewaltaufruf.

Sinngemäß war darin die Rede davon, sich gewisse Politiker, wörtlich genannt wurden Winfried Kretschmann (Die Grünen) und Andreas Scheuer (CSU), ruhig einmal vorzuknöpfen. „Wir brauchen mehr Gewalt. Ob Knüppel, Peitsche oder Prügel. Alles ist möglich“, hieß es in dem Pamphlet unter anderem.

## „Öffentliches Aufrufen zu Straftaten“

Als Ort für die Durchführung der Maßnahmen, nennt der Text die Sterngasse. Was die Staatsanwaltschaft unterm Strich als „öffentliches Aufrufen zu Straftaten“ bewertet, rückte der Angeklagte abermals in die Ecke von purer Satire.

Insgesamt stufte der Angeklagte die gesamte Dreier-Anklage als „nicht gravierend“ ein. Sein Verteidiger wagte sogar, eine Verfahrenseinstellung anzusprechen. Bei der Staatsanwaltschaft stieß das sofort auf ein Veto. „Bei dem Strafregister und zwei laufenden Bewährungsungen, weiß ich eigentlich jetzt schon, was ich beantrage“, hieß es vielsagend. Gemeint war: eine Gefängnisstrafe.

Gericht und Staatsanwaltschaft stimmten überein, dass vor einem Urteil („Es geht um viel“) eine ärztliche Untersuchung des Wutbürgers mit Blick auf seinen Geisteszustand angezeigt sei.

Sobald die Begutachtung abgeschlossen ist, soll der Prozess neu terminiert werden.